



Haushalts- und Finanzausschuss

84. Sitzung (öffentlich)

22. Januar 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Stefan Welter, Gertrud Schröder-Djug, Thilo Rörtgen, Eva-Maria Bartylla,
Franz-Josef Eilting (einschließlich Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur heutigen Tagesordnung	7
Aktuelle Viertelstunde	8
<u>Thema:</u> Auswirkungen des Konjunkturpaktes II auf Nordrhein-Westfalen	
Bericht des Finanzministers	
– Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	8
– Aussprache	12

1 Gesetz über die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 2008) 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7930

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Fonds für die Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an den finanziellen Lasten des Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes (Abrechnungsfondsgesetz – AFoG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7940

Ausschussprotokoll 14/803 (Anhörung)

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss **nimmt** die **vier Änderungsanträge** der Fraktionen der CDU und der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **an**.

Der Ausschuss **fasst** sodann einstimmig den auf Seite 4 des Ausschussberichts Drucksache 14/8320 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, den **Entwurf des Dritten Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 Drucksache 14/7930** mit den soeben beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Ebenso mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag, den **Entwurf des Abrechnungsfondsgesetzes Drucksache 14/7940** unverändert **anzunehmen**.

Berichterstatteerin: Ausschussvorsitzende Anke Brunn (SPD)

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009 **30**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7002 und 14/7900 (1. Ergänzung)

Vorlagen 14/2021 und 14/2289

Vorlage 14/2116 (Ergebnis des Berichterstattergesprächs)

Vorlage 14/2269 (Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform)

Ausschussprotokoll 14/738

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksachen 14/7002 und 14/7900** unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zur zweiten Lesung unverändert **anzunehmen**.

Berichterstatter: Martin Börschel (SPD)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) **33**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7000 und 14/7900 (1. Ergänzung)

Drucksache 14/7001 (Finanzbericht 2008 bis 2012)

Vorlage 14/2060
(Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 2009 und 2008)

Vorlagen 14/2102 bis 14/2108, 14/2110 bis 14/2112, 14/2114 und 14/2115
(Ergebnisse der Berichterstattergespräche)

Vorlagen 14/2250 bis 14/2268
(Berichte der Unterausschüsse und Fachausschüsse)

Ausschussprotokoll 14/803

Aufgerufen sind ferner alle weiteren zum Haushalt eingegangenen Vorlagen und Zuschriften

Generalaussprache 33

Abschließende Beratung und Abstimmung 37

Zur **Übernahme** von in den Fachausschüssen gestellten **Anträgen** und zur Übernahme der im Unterausschuss „Personal“ sowie im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ gefassten **Beschlüsse** sind die Ergebnisse den Seiten 6 f. des **Ausschussberichts Drucksache 14/8000** zu entnehmen.

Alle in der heutigen Sitzung zum Personal- und Sachhaushalt gestellten **Änderungsanträge** mit Begründung sowie die **Abstimmungsergebnisse** sind den **Berichten** des Haushalts- und Finanzausschusses – **Drucksachen 14/8000 bis 14/8006, 14/8008, 14/8010 bis 14/8015 und 14/8020** – zu entnehmen.

In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wie folgt wiedergegeben:

Personaletat 38

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung 39

Einzelplan 02: Ministerpräsident 42

Einzelplan 03: Innenministerium 43

Einzelplan 04: Justizministerium 43

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung 44

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie 45

Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie 47

Einzelplan 14:	Ministerium für Bauen und Verkehr	48
Einzelplan 15:	Ministerium für Generationen, Familie und Integration	49
Schlussabstimmung		51

Der Ausschuss **fasst** einstimmig den auf Seite 4 des Ausschussberichts Drucksache 14/8020 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksachen 14/7000 und 14/7900** unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse und unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen **zur zweiten Lesung anzunehmen**.

Berichterstatter: Lutz Lienenkämper (CDU)

4 Initiative Finanzverwaltung: Einnahmeverwaltung stärken – Effizienz verbessern – Gerechte Steuererhebung gewährleisten 52

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4442

Ausschussprotokoll 14/588

In Verbindung mit:

Stabile Finanzen und eine gut aufgestellte Finanzverwaltung – Zwei Seiten ein und derselben Medaille

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6848

Vorlage 14/2166

Ausschussprotokoll 14/700
(Expertengespräch des Unterausschusses „Personal“)

Und:

Steuerflucht bekämpfen – endlich mehr Personal in die Steuerprüfung

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6337

Der Ausschuss **nimmt** den **Entschließungsantrag** aller vier Landtagsfraktionen (s. **Drucksache 14/8353**) einstimmig **an**.

Zugleich werden die **Anträge** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/4442**, der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 14/6848** und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6337** für **erledigt erklärt**.

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7002 und 14/7900 (1. Ergänzung)

Vorlagen 14/2021 und 14/2289

Vorlage 14/2116 (Ergebnis des Berichterstattergesprächs)

Vorlage 14/2269 (Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform)

Ausschussprotokoll 14/738

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Hans-Willi Körfges (SPD) erinnert an die Anhörung. Die Einschätzungen dessen, was sich zwischen Land und Kommunen abspiele, seien offensichtlich nach wie vor sehr unterschiedlich. Die kommunalen Spitzenverbände gingen davon aus, dass sie bei der Erhöhung der Schulpauschale über den Leisten gezogen worden seien. Es gebe hier Steuermehreinnahmen, die den Gemeinden ungemindert zugestanden hätten. Das Land versehe diese jedoch mit einer Zweckbindung und verkaufe dies vor Ort als Leistung der Landesregierung.

Insgesamt stelle sich die kommunale Finanzsituation trotz hervorragender gesamtwirtschaftlicher Situation in den zurückliegenden Jahren nach wie vor angespannt dar. Das Land habe sich aber nicht veranlasst gesehen, sich auf die Kommunen zuzubewegen. Die Kommunen beklagten hingegen unisono ein kommunalunfreundliches Fiskalverhalten der Landesregierung.

Volkmar Klein (CDU) meint, eine solche Stellungnahme seitens der Opposition sei völlig in Ordnung; sie werde sich auch im Protokoll wiederfinden. Dann müsse aber auch darauf hingewiesen werden, dass über das GFG über die Schulpauschale die Situation der Schulfinanzierung in Nordrhein-Westfalen deutlich weiter verbessert werde. Darüber hinaus könne festgestellt werden, dass 2009 über das GFG rund 2 Milliarden € mehr an die Kommunen flössen als im Jahr 2005. Diese Tatsache hätten auch die Experten in der Anhörung sehr lobend hervorgehoben.

Ewald Groth (GRÜNE) erinnert an seine Frage in der Aktuellen Viertelstunde, die noch nicht beantwortet sei, wie ein konkreter Fahrplan für einen Nachtragshaushalt aussehen könne und wann es dann tatsächlich zu Zahlungen und zu Handlungen in den Kommunen kommen könne. Es gehe ja im Wesentlichen um kommunale Investitionen, und deshalb wiederhole er diese Frage an dieser Stelle beim Thema GFG.

Es werde ja immer so viel von der ruhmreichen Tätigkeit der jetzigen Landesregierung und der Koalition gesprochen. Deshalb wolle er noch einmal darauf hinweisen,

dass sie bislang 25 % mehr Einnahmen, aber nur 6 % mehr Investitionen habe. Die Investitionen dümpelten mehr oder weniger auf dem Niveau von 2004. Angesichts dieser Tatsache erinnere er noch einmal daran, dass schon im Haushaltsjahr 2008, wie von den Grünen beantragt, 1,6 Milliarden € öffentliche Investitionen hätten angeschoben werden müssen.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) äußert, Herr Groth sei bedauerlicherweise nicht im Saal gewesen, als er seine Fragen vorhin beantwortet habe. Er habe darauf aufmerksam gemacht, dass man, wenn dieses Programm mit 1,6 Milliarden € beschlossen worden wäre, jetzt sehr wahrscheinlich um 1,6 Milliarden € höhere Schulden in diesem Landeshaushalt hätte. Das könne doch nicht im Sinne von Herrn Groth sein.

Die zweite Frage in der Aktuellen Viertelstunde sei gewesen, wie sich die Schulden entwickelt hätten und wie viel Prozent für die Rückführung der Nettoneuverschuldung verwendet worden seien. Er bitte Herrn Groth, die Beantwortung im Protokoll der Sitzung nachzulesen. Es handele sich um 91,7 %.

Sofort nach Verabschiedung des Programms im Bund werde die Landesregierung den Nachtrag aufstellen. Die Auszahlung hänge natürlich auch damit zusammen, wie der Bund die Gelder den Ländern zuweise. Zu Beginn der Sitzung habe er darauf aufmerksam gemacht, dass es da sehr unterschiedliche Verfahren gebe. Denkbar seien etwa Antragsverfahren. Er befürworte aber eine pauschale Zuweisung, die auch möglich sei. Dann könne sicherlich auch eine entsprechende Vereinbarung mit dem Bund getroffen werden. Er wolle der Frage von Herrn Groth nicht ausweichen, aber er könne die Frage zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös beantworten, da die Verwaltungsvereinbarung und das Gesetz noch nicht fertig seien.

Nachdem der Finanzminister über konsumtive Mittel gesprochen habe, obwohl er ihn nach Investitionen gefragt habe, möchte **Ewald Groth (GRÜNE)** jetzt noch einmal auf den Nachtragshaushalt eingehen. – **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)** unterbricht Herrn Groth und bittet ihn, zu erläutern, in welchem Zusammenhang er über konsumtive Mittel gesprochen haben solle. Er habe über das Investitionsprogramm gesprochen. – **Ewald Groth (GRÜNE)** fährt fort, der Finanzminister habe gesagt, dass er den Nachtragshaushalt sofort einbringen werde, sobald das im Bund beschlossen sei. – **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)** verneint dies. Er habe gesagt, man werde dann sofort an die Aufstellung des Nachtragshaushalts gehen.

Aus dieser letzten Aussage des Ministers zieht **Ewald Groth (GRÜNE)** die Schlussfolgerung, dass die Landesregierung das im Mai anpacken werde. Ihn interessiere, wie dann der Fahrplan aussehe und wann das Parlament nach Einschätzung des Finanzministers frühestens beschlossen haben könne. Die Verfahren lägen zwar nicht in der Hand des Finanzministers, aber er bitte Herrn Linssen dennoch, diese Frage zu beantworten.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) bestätigt, dass die Verfahren nicht in seiner Hand lägen. Zunächst müsse abgewartet werden, wann der Bund entscheide. Nach der Entscheidung des Bundes werde er sofort einen Zeitplan vorlegen.

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den **Gesetzesentwurf** der Landesregierung **Drucksachen 14/7002 und 14/7900** unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zur zweiten Lesung unverändert **anzunehmen**.

Berichtersteller: Martin Börschel (SPD)

